



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/15

28. März 1950

Nachstossen!

P.R. In der Politik ist es oft ein zweifelhaftes Vergütigen, Recht zu behalten. Die Genugtuung darüber wird meist überschattet von dem Schaden, der dadurch entstand, dass man zunächst nicht recht bekam. Die SPD hat auf diesem Gebiet ihre besonderen Erfahrungen. Die letzte war der Vorschlag der Bundesregierung, Wahlen in ganz Deutschland abzuhalten. Er hätte sehr viel früher kommen können, wenn man nicht allzu lange in der Illusion gelebt hätte, man könne auch auf andere Weise zu dem erstrebten Ziel einer Vereinigung Deutschlands kommen, etwa durch eine Art "nationale Repräsentation" oder eine sonstwie geartete Kooperation mit Kräften, die nun einmal zur Zusammenarbeit nicht fähig und auch nicht willens sind.

Der Zeitverlust ist unerfreulich, erfreulich bleibt freilich eine auch späte Einsicht. Aber die Befriedigung darüber wird durch die bange Frage beeinträchtigt, ob die Regierung sich vielleicht mit ihrer jetzt erhobenen Forderung begnügen will oder ob sie die Absicht hat, ihren Vorstoß im Anschluss an den Anstoß McCloy's um einige Schritte weiter vorwärts zu treiben. In solcher Frage kann bei der Länge der Zeit, die inzwischen verstrichen ist, kein Vorwurf liegen. Aber man hat nun einmal die Erfahrung gemacht, daß der Bundeskanzler in manchen Fragen sehr persönlich und übereilt gehandelt hat, in denen auf breiterer Basis beruhende, ausgereifte Entschlüsse am Platze gewesen wären, während er auf der anderen Seite schwer begreifliche Verzögerungen eintreten liess, wo der Erfolg sehr wesentlich gerade vom schnellen Handeln abhing.

Die Forderung nach gesamtdeutschen Wahlen darf nicht verpuffen

Sie muss der Auftakt einer ununterbrochenen Aktivität sein, eines Nichtnachlassens in dem Bestreben, die Idee der freien deutschen Einheit wachzuhalten, ihr Inhalt zu geben und an ihrer Verwirklichung zu arbeiten. Natürlich ist es richtig, dass das wichtigste dabei von der Haltung der Besatzungsmächte und einem möglichen Übereinkommen zwischen ihnen abhängt. Auch trifft es zu, dass die Aussichten dafür nicht besonders günstig sind. Aber alles das darf keinesfalls zu Ermüdungserscheinungen führen, vor allem deshalb nicht, weil sonst die Gefahr der Erlahmung des inneren Widerstandes in der Sowjetzone gegen ihre Machthaber kaum zu vermeiden wäre.

Was gibt es an praktischen Möglichkeiten? Die Bundesregierung sollte alles tun, der Forderung nach gesamtdeutschen Wahlen durch eine Note an die Hohen Kommissare oder auch deren Regierungen besonderen Nachdruck zu verleihen oder sie auch zum Gegenstand einer eventuellen Aussenministerkonferenz zu machen. Es müsste auch klargestellt werden, dass eine aus gesamtdeutschen Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung ein erstes ordnungsmässiges Parlament für ganz Deutschland und nicht nur eine Körperschaft zur Schaffung einer Verfassung zu sein hätte, was übrigens, geschichtlich gesehen, durchaus keine neue Übung wäre. Sie müsste ein Parlament sein, aus dem auch eine Regierung hervorzugehen hätte und das eben alle einer demokratischen Volksvertretung zustehenden Rechte und Pflichten besässe. Bei der jetzt eingeleiteten Aktion darf es sich nicht allein um ein Manöver zur Entlarvung der Gegenseite handeln, in der Art, dass man eine äusserst vernünftige zugkräftige Parole ausgibt und aus ihrer Ablehnung durch den sowjetisch-kommunistischen Gegenspieler sich mit der Feststellung von dessen Verantwortung für den Fehlschlag der ganzen Bemühung begnügt.

Nur eine oberflächliche politische Betrachtungsweise wird die psychologischen Wirkungen eines solchen Vorgehens auf die Bevölkerung, besonders der Sowjetzone und unter Umständen auch auf die Entschlüsse der Besatzungsmächte von vornherein leugnen wollen. Man muß diesen Schritt vorwärts tun, unabhängig von der Grösse seiner realen Erfolgchance. Das hält die Sozialdemokratie für richtig und sie würde es sehr bedauern, wenn man ihr darin wieder einmal erst spät oder vielleicht zu spät Recht gäbe.

Das sowjetische Aktionsprogramm in Asien

with. Es war vorauszusehen, daß der Krenl die "politische Aktivität" der USA-Diplomatie in Südostasien mit entsprechenden Gegenmaßnahmen beantworten werde. Unlängst haben nun in Peking und in Australien geheime Konferenzen stattgefunden, die vom kommunistisch beherrschten Weltgewerkschaftsbund einberufen worden waren. Hohe, auch nicht russische Gewerkschaftsfunktionäre nahmen daran teil.

Das bestätigt die Vermutung, dass der KP-beherrschte Weltgewerkschaftsbund zum Träger der künftigen russischen Aktionen im südostasiatischen Raum ausersehen ist.

Auf der Pekinger Konferenz wurden die großen Richtlinien für die künftigen "Aktionen" festgelegt, die einmal die Bolschewisierung Indiens, Pakistans, Burmas, Malayas, Indochinas und Indonesiens vorbereiten sollen, zum anderen aber das Ziel verfolgen, die militärischen Hilfsmaßnahmen der westlichen Demokratien zu verhindern. Diese "Aktionen" umschliessen die unerlaubte Bewaffnung der eingeborenen Bevölkerung, Durchsetzung nicht-kommunistischer Organisationen mit KP-Agenten, Inszenierungen von Streiks und Unruhen und die Herstellung geheimer Verbindungswege.

Die Konferenz in Australien entwarf die Aktionspläne für Streiks zur Lahnlegung des Verkehrs in den Pazifik-Häfen, in denen US-Hilfs-güter gelöscht werden. Die Aktionen in Australien, Indien und Viet Nam werden zunächst auf die drei grossen Häfen Brisbane, Kalkutta und Saigon konzentriert, während China als Ausgangspunkte die Häfen Hongkong und Singapore zugewiesen wurden.

Zur Tarnung haben die zahlreichen sowjetischen Agenten direkte und präzise Arbeitsanweisungen erhalten, die den Anschein erwecken sollen, dass zwischen den einzelnen Aktionen kein "innerer Zusammenhang" besteht. So sollen innerhalb der "legalen" Gewerkschaften, lokale "illegale" Gewerkschaftsgruppen gebildet werden. Die "legalen" Gewerkschaften sollen öffentlich handeln und für normale Funktionen

sorgen, während die "illegalen Gruppen" Sabotageakte durchführen sollen, kleine und häufige Streiks anzetteln, bei Schlichtungsversuchen durch die "legalen" Gewerkschaften höhere Forderungen als aus der "Mitgliedschaft kommend" stellen und "unabhängige Streikkomitees" wählen sollen.

Zum Zentrum aller Maßnahmen für den weiteren Fortgang des "kalten Krieges" ist die Sowjet-Gesandtschaft in Bangkok bestimmt, die engstens mit dem "Weltgewerkschaftsbund" zusammenarbeiten wird.

- - - - -

Ein Gesetz geht seltsame Wege

-

W.S. Die südbadischen Gewerkschaften haben die Parteien des Landes gebeten, im Landtag einen Antrag zu stellen, nachdem das bereits einmal verabschiedete und noch immer nicht in Kraft gesetzte Fachkommissions-Gesetz erneut vorgelegt werden soll. Das Fachkommissionsgesetz strebt in engem Zusammenhang mit dem Betriebsräte-Gesetz eine neuartige Regelung des Verhältnisses der Sozialpartner zueinander an. Es sieht die Bildung paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern besetzter Körperschaften, den sogenannten Fachkommissionen vor, in denen das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmerschaft in Fragen, die über den Rahmen des Einzelbetriebes hinausgehen, gewahrt werden soll.

Das Gesetz wurde bereits im September 1948 vom südbadischen Landtag verabschiedet; das Inkrafttreten aber, - durch ein Veto der damaligen französischen Militärregierung - die einige Änderungen wünschte, verhindert. Nach dem Inkrafttreten des Besatzungstatutes drängten die Gewerkschaften darauf, das Gesetz noch einmal der Hohen Kommission vorzulegen. Nach Verhandlungen mit Vertretern der Direktion Arbeit im badischen Wirtschaftsministerium einigte man sich jedoch, die gewünschten Änderungen vorzunehmen und das modifizierte Gesetz dem Kabinett und dem Landtag noch einmal zur

Beschlussfassung vorzulegen.

Inzwischen wurde südbadischen Regierungsvertretern vom Bundesarbeitsministerium nahegelegt, auf die Inkraftsetzung des Gesetzes angesichts der angestrebten bundesgesetzlichen Regelung des Mitbestimmungsrechtes nicht weiter zu drängen. Die südbadischen Behörden haben daraufhin den abgeänderten Entwurf zurückgehalten und warten auf Nachricht aus Bonn. Wenn mit einer Bundesregelung im Verlauf der nächsten Monate noch nicht gerechnet werden kann, will man den neu gefassten Gesetzentwurf erneut den Weg durch die Gesetzgebungsmaschinerie bis zur Hohen Kommission schicken.

Im südbadischen Wirtschaftsministerium hält man diese Stillhaltefrist nicht für besonders tragisch, man ist der Ansicht, daß eine ganze Reihe von Aufgaben, die den Fachkommissionen nach dem Gesetz zufallen sollen, nach der Beseitigung der Zwangswirtschaft nicht mehr aktuell sind. Man denkt vor allem an die Festlegung der Art und des Umfanges der Reduktion, die Festsetzung und Kontrolle des Produktionsprogramms und die Lenkung und Kontrolle des Warenabsetzes durch die Fachkommissionen. Die Gewerkschaften vertreten demgegenüber die Auffassung, daß das Fachkommissions-Gesetz nicht geschaffen werden sei, um die Zwangswirtschaft zu erhalten, sondern um eine gesunde Planung unter Mitwirkung der Arbeitnehmer zu ermöglichen. Die Gewerkschaften haben durch das Fehlen des Fachkommissions-Gesetzes bei der Ausübung des Mitbestimmungsrechtes mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten ist nur teilweise möglich, ausserdem fehlt den Gewerkschaften bis heute noch jede Einflussnahme auf die Kreditgewährung und die Verteilung der ERP-Rohstoffe. Wenn die Anwendbarkeit des Fachkommissions-Gesetzes noch weiter hinausgezögert wird, wollen die Gewerkschaften ihre Betriebsräte anweisen, die in dem Gesetz den Fachkommissionen vorbehaltenen Mitbestimmungsrechte, die auch im südbadischen Betriebsräte-Gesetz verankert sind, im Rahmen der Betriebe wahrzunehmen.

Wortlaut der zwei Entschliessungen des Ostausschusses, die teilweise nur im Auszug durch den Parlamentarisch-Politischen Pressedienst und die Agenturen bereits verbreitet wurden.

Gesamtdeutsche Wahlen

Der Ostausschuss beim Vorstand der SED tagte am Dienstag, den 28. März 1950 in Bonn. Er begrüßte die Forderung der Bundesregierung nach gesamtdeutschen Wahlen, weil dadurch auch in den Parteien rechts von der Sozialdemokratie eine alte sozialdemokratische Forderung aufgegriffen und zum erstenmal auf die frühere Illusion eines möglichen Ausgleichs mit den Methoden der Diktatur auf dem Verhandlungswege verzichtet wird.

Der Ostausschuss vertrat in Übereinstimmung mit der Ansicht von Dr. Kurt Schumacher den Willen, eine aus gesamtdeutschen Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung in ihrem Auftrage nicht auf die Schaffung einer Verfassung zu beschränken, sondern sie zum ersten ordnungsmässigen Parlament für ganz Deutschland mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen zu machen. Nur dadurch werden die Folgen des Weiterbestehens zweier verschiedener politischer Systeme in Deutschland beseitigt. Der Weg über gesamtdeutsche Wahlen ist das am besten geeignete Mittel, die kommunistische Agitation mit der "Nationalen Front" wirkungslos zu machen.

Kriegsgefangenenheimführung

Aufgrund der unzähligen Anfragen und Mitteilungen aus den Kreise der Angehörigen von zurückgehaltenen Kriegsgefangenen und Verschleppten, insbesondere auch soweit es sich um Frauen und Mädchen handelt, fordert der Ostausschuss beim Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dringend die Heimführung dieser Menschen aus Untersuchungsgefängnissen, Straf-, Arbeits- und Besserungslagern.

Die schnelle und vollständige Entlassung ist eine unerlässliche Forderung der Menschlichkeit, für deren Verwirklichung die verfolgten Sozialdemokraten aus der Ostzone an die Weltöffentlichkeit appellieren. Bis zur Heimkehr dieser Kriegsgefangenen und Verschleppten sollte ihnen und ihren Angehörigen wenigstens die Erleichterung eines regelmässigen Postverkehrs gewährt werden.

Messeeröffnung in Hannover
.....

R.D. Am Mittwoch öffnete die "Musternesse" - der erste Teil der "Deutschen Industriemesse" - in Hannover ihre Pforten. Wir begrüßen diese Messe, die traditionengetreu dem Export dienen soll, sehr, denn wir benötigen dringend Gelegenheit, mit dem ausländischen Partner ins Gespräch zu kommen, unsere Ausfuhr zu steigern und Devisen zur Ernährung unserer Bevölkerung zu gewinnen. Aber gerade dieses dringende Anliegen und um des künftigen vollen Erfolges wegen erlauben wir uns ein Wort der Kritik.

Schon die Zweiteilung ist für den Messezweck, den ausländischen Kaufmann anzulocken, kein vorteilhaftes Moment. Der ausländische Importeur wird zumeist nur einen Teil der Messe besuchen können. Will er die Messe vollständig sehen, dann muss er sich von Ende März bis Mitte Mai in Deutschland aufhalten oder zweimal die Reise nach hierher antreten. Dadurch werden gerade die aufnahmefähigsten Gebiete in Übersee am stärksten benachteiligt.

Hauptursache dieser Zweiteilung ist noch immer der beschränkt zur Verfügung stehende Raum, der auch nach Abschluss des beabsichtigten Ausbaus kaum eine Zusammenziehung der beiden Messen erlauben wird. Selbst heute, bei der Zweiteilung der Messe wird von einzelnen Branchen Klage über zu wenig Raum geführt; ein Überblick über die Messe schon zeigt aber, dass die Messeleitung keine Anstrengungen gescheut hat, allen gerecht zu werden. Der Wunsch, die bisherigen Aussteller in erster Linie zu berücksichtigen, hat allerdings den Nachteil, daß manche Markenerzeuger nicht auf die Messe kommen, die in der vorhergehenden Zeit als bekannte Qualitätserzeuger auf Messerwerbung verzichten konnten. Bei der immer noch anhaltenden Messeninflation fragt man sich, wie manche Aussteller die sicherlich nicht unerheblichen Unkosten ihrer durchgehenden Messerwerbung decken. Hier scheint uns einer der Gegenbeweise für die Behauptung erbracht, daß das gegenwärtige inländische Preisniveau für die Industrie keine Reserven der Kostensenkung mehr enthalte.

Auch die Skepsis, die bestimmte Branchen aus preislichen und qualitätsmäßigen Gründen der erstmalig auftretenden ausländischen

Konkurrenz entgegenbringen, scheint mit dieser Tatsache im Zusammenhang zu stehen. Vor allem fürchtet die Textilindustrie die west-

europäische Konkurrenz. Sie verweist darauf, dass die Preise der einzuführenden Rohstoffe eine stabile Tendenz haben und ihre Arbeiter neue Lohnforderungen stellen. Sie sehe sich daher zu Preissenkungen nicht in der Lage. Allenfalls könnten noch Senkungsreserven

in den Handelsspannen gefunden werden und in einer gründlichen Rationalisierung ihrer Betriebe. Dazu sei bemerkt, dass die billigere

westeuropäische Konkurrenz sowohl relativ als absolut höhere Löhne zahlt als die deutsche Textilindustrie, bei gleichen Rohstoffpreisen.

Hierzu noch ein paar Zahlen. Der Monatsumsatz pro Beschäftigten (nach Angabe der Textilindustrie) betrug im Juli 1949 rund 850.--DM,

erreichte im Oktober die Rekordziffer von 1200.--DM, sank bis Januar 1950 auf 600.--DM und stieg im März 1950 schon wieder über 1000.--DM.

Die Industrie hofft, im Herbst den vorjährigen Rekord noch zu übertreffen. Der Lohn eines Textilfacharbeiters im Bundesgebiet betrug

aber im Oktober wie im Januar und März monatlich 200.--DM, für weibliche Kräfte nicht einmal 150.--DM.

Die Konkurrenz als Auswirkung der Liberalisierung des Aussenhandels ist nicht für alle Branchen ein Alparuck. Sofern er aber die

deutschen Erzeuger zur Korrektur ihrer Kostenrechnung zwingt, dürfte er für alle Beteiligten nützlich sein, wenn auch nicht übersehen werden soll, daß einige deutsche Erzeugnisse der rohstoff- und transportgünstigeren Auslandskonkurrenz nie gewachsen sein werden und eines Schutzes bedürfen.

So sind Messen nicht nur dekorative Schaufenster zur Stärkung "volksdemokratischen Selbstbewusstseins"; sie sind Wertmesser internationaler Leistung und Wettbewerbsfähigkeit. Aus diesem Grunde begrüßen wir diese Messe und besonders ihre internationale Besetzung.

Aber Industrie, Handel und Wirtschafts-Ministerium sollten eine noch schärfere Qualitätsauslese und weise Beschränkung auf das Exportwürdige vornehmen, denn der verfügbare Messeraum ist in der Anlage durch seine künftige Rentierlichkeit beschränkt. Und unwürdige Ware verteuert sowohl durch Erzeugung als auch durch Ausstellung unnötig die Produktion. Außerdem sind wir überzeugt, die Konkurrenzangst einiger Erzeuger und der inflationäre Ausstellerandrang wäre weniger gross, wenn man gewissen Leuten nicht von vornherein zuviel Spielraum bei den Gewinnen gegeben hätte.